Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

No. 228. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch den 16. Mai 1860.

Preußen.

K. C. **51. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.**

Präsident Simson eröffnet die Sitzung gleich nach 11 Uhr.

Am Ministertisch: Fürst zu Hohenzollern, v. Auerswald, v. Schleinitz, v. Patow, Graf Schwerin, v. Roon, v. Bethmann-Hollweg, Graf Pückler, v. d. Heydt und als Reg.-Commissar Oberst-Lieut. v. Hartmann.

Die Tribünen sind schon früh zahlreich besetzt.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Militär-Commission über die neuen Militär-Vorlagen, deren Befürwortung durch die Commission mit der Abänderung, daß die neun Millionen „zur einstweiligen" Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft bewilligt werden sollen, hinlänglich bekannt ist.

Vom Abgeordn. Grafen Cieszkowski ist dazu das von den Mitgliedern der polnischen Fraction unterstützte Amendement gestellt, den 25proz. Zuschlag vom 1. Juli ab nur von der klassifizirten Einkommensteuer (nicht auch von der Klassensteuer und der Mahl- und Schlachtsteuer) erheben zu lassen. In den Motiven wird die Entbehrlichkeit der Zuschläge zur Klassensteuer und Mahl- und Schlachtsteuer so nachgewiesen: „die bereits bis 30sten Juni d. J. bewilligten Zuschläge zu den persönlichen Steuern betragen 1,788,800 Thlr., die zu bewilligenden ferneren Zuschläge zur klassifizirten Einkommensteuer betragen 734,100 Thlr., die bereits nach dem Rechnungs-Abschlusse für 1859 disponibeln Etats-Ueberschüsse betragen nach der Regierungs-Vorlage 6,042,064 Thlr., zusammen 8,584,964 Thlr. Es bleibt also auf die zu erwartenden Etats-Ueberschüsse für 1860 nur die ganz geringfügige Summe von 415,036 Thlr. zu überweisen, um die geforderten neun Millionen vollständig zu decken, welche 415,036 Thlr. übrigens durch den jährlichen Normal-Zuwachs an den Staats-Einnahmen um das doppelte gesichert sind." Die Fortbelastung des ärmeren Theils der Staatsunterthanen sei also keine unabweisbare Nothwendigkeit.

Abg. v. Rosenberg-Lipinsky: Ich ergreife das Wort, weil ich mit dem Zusatz „einstweilig" nicht einverstanden bin, lege aber kein großes Gewicht auf meinen Widerspruch und will die Einstimmigkeit des Votums nicht stören. Meine Gründe für die Bewilligung der Regierungs-Vorlage lassen sich in zwei Worte zusammenfassen: Nothwendigkeit und Vertrauen, Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des Kriegszustandes und Vertrauen zur Krone. Einige sagen, das Verfahren der Regierung sei nicht korrekt, es sei nicht rechtzeitig Rücksicht auf den verfassungsmäßigen Beruf der Landes-Vertretung genommen. Mit solchen Bedenken wollen wir das heutige Votum nicht stören. Ich für meinen Theil habe die neue Wendung der Dinge willkommen geheißen. Der Hauptvortheil des jetzigen Vermittelungsvorschlages ist der, daß er uns aus einem Dilemma herausführt. — Führt uns aber die Vorlage nicht in ein neues Dilemma hinein? Ich glaube nicht; denn es wird stets unserer verfassungsmäßigen Zustimmung bedürfen, um das Provisorium dauernd zu machen; es ist kein fait accompli, dem wir uns zu fügen haben würden. Die Regierung ihrerseits wird, so hoffe ich, die Erfahrungen benutzen, die sie in den Commissions-Sitzungen gemacht hat. Es handelt sich nicht um die Specialitäten der beabsichtigten Heeres-Reform, sondern um die Grundzüge derselben im Großen und Ganzen, und vor allen Dingen um eine bessere Motivirung in finanzieller Beziehung. Von wesentlichem Vortheil ist der jetzt eingetretene Aufschub, wie ich glaube, auch für diejenigen, welche der Ansicht sind, daß die Reorganisation der Armee nur dann zum Ziele führen könne, wenn auch im Innern der Armee reorganisirt werde von einem Standpunkte aus, den ich den militärischen Liberalismus nennen möchte — und welche hoffen, daß der Parade-Marsch noch mehr eingeschränkt werden möge, als es in der letzten Zeit geschehen sein soll! (Bravo rechts.) Der Aufschub ist wichtig auch für diejenigen, welche bei der Militär-Frage auch die Existenz der jetzigen Regierung gefährdet sahen; diese Gefahr ist nun beseitigt, und ich freue mich dessen.

Ich bin der Ueberzeugung, meine Herren, daß das Land diese neuen Opfer bereitwillig tragen werde; aber nur eine feste, energische, deutsche Politik wird im Stande sein, das preußische Volk zu bewegen, diese Opfer stets von Neuem zu bringen. Die Erfolge einer solchen Politik sind bereits da, und die Rheinbunds-Lüsternheit, die sich jetzt an manchen Orten zeigt, wird dafür sorgen, daß diese Erfolge noch größer werden! Auch dieser Skandal, meine Herren, wird dazu beitragen, Deutschland zur Einigung zu führen. (Bravo rechts.) Ein solches Verfahren der Regierungen muß auf die Völker selbst reagiren; unsere Regierung braucht sich nicht zu echauffiren, sie kann des Spruches eingedenk sein: die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen. Diese Lebensweisheit mag auch wohl für Staatsweisheit gelten. Hält Preußen an dieser Politik fest, so wird das Vaterland gedeihen. Schwierig ist es für einen Laien, unter den jetzigen Verhältnissen für die Zukunft zu kombiniren; ich aber denke, wir müssen nicht mit Uebermuth, auch nicht mit Kleinmuth, sondern mit Muth in die Zukunft blicken. Und dieser Muth muß gegründet sein auf das Vertrauen, daß der Sieg die Fahnen unserer Armee begleiten werde, mag sie reorganisirt sein, oder nicht. Preußen muß Gott, seinem König und sich selbst vertrauen. Der preußische Aar muß einen Adlerflug nehmen; in diesem Vertrauen gebe ich heute mein Votum.

Abg. Reichensperger (Geldern): Meine Herren. Ich glaube, man ist wohl im ganzen Lande der Ansicht, daß es sich heute nicht um willkürliche Interessen, sondern um das Interesse des ganzen Landes handele. Zwei Fragen sind es, die dabei in den Vordergrund treten; erstens, ob es gerechtfertigt und geboten sei, dem Lande so schwere Lasten aufzuerlegen, zweitens, ob es gerechtfertigt und geboten sei, die Bewilligung der 9 Millionen nicht von einem Acte der Gesetzgebung, sondern von einem Vertrauenvotum abhängig zu machen. Ich stimme in beiden Fragen mit „Ja". Der Rechtszustand Europa's ist in hohem Grade gefährdet und es bedarf keines diplomatischen Auges, um zu erkennen, daß die Lage Europa's ein gewaffnetes Preußen zum Bedürfniß macht. Ich weiß aus meiner Heimath, daß der Maulwurf seine heimliche Arbeit fortsetzt und schlechte Leidenschaften aufwühlt. Glücklicherweise ist das Recht auf unserer Seite, aber wir müssen auf eine starke Armee denken, um ihm Geltung zu verschaffen. Das Recht des Stärkeren scheint Grundsatz der neueren Politik geworden zu sein; selbst Rußland, sonst der Träger und die Hoffnung der konservativen Interessen, ist von seinem Weg abgewichen. Frankreich drängt nach außen, weil es die Fortentwickelung der Politik im Innern vermeiden will. Meine Herren, uns gehört nur ein Theil der Gegenwart; den Meisten von uns wird die Zukunft entgehen. Um so heller müssen wir die Schwierigkeiten der jetzigen Lage zu erkennen suchen und nicht durch Zwietracht dem Vaterlande schaden. Deßhalb stimme ich für die Vorlage, obgleich der Standpunkt der Commission nicht der meinige ist. Sie wissen, wie ich über die kurhessische Frage denke und in Bezug auf Schleswig-Holstein haben Sie selbst einstimmig den Beschluß gefaßt, im Verein mit Deutschland an die Entscheidung dieser Frage zu gehen. Für Schleswig-Holstein würde Preußen also nicht solche Opfer bedürfen, und für diese gebe ich meine Bewilligung nicht, sondern für den Zweck, den ich angedeutet habe. Auch würde ich es nicht für zulässig halten, dem Lande solche Lasten lange, oder gar dauernd aufzuerlegen. Die Rücksichten auf einen drohenden Krieg dürfen uns nicht bewegen, die Segnungen des Friedens vorwegzunehmen. Preußen wird nur dann mit Erfolg einen Krieg führen können, wenn es die Segnungen des Friedens gut benutzt hat. Dem Amendement Cieszkowski kann ich mich nicht anschließen; ich halte die Aufstellung desselben aus inneren und äußeren Gründen für unsicher. Wohl aber lege ich Gewicht auf das Wort „einstweilig", damit möglichst klar ausgesprochen werde, daß das, was wir heut bewilligen, nur ein Provisorium ist, und daß die Regierung im nächsten Jahr eine Aenderung eintreten lassen wird. Denn, wie ich hoffd, wird die Regierung auch von dem Gedanken durchdrungen sein, daß es bei dieser Reorganisation der Armee noch um mehr, als nur um das numerische Verhältniß sich handelt, daß es sich um ernste, religiöse Zucht der Nation handelt, um einen guten, männlichen Geist, nicht allein in der Armee, sondern im ganzen Volksthum. Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß in der Erziehung des Volkes nicht Alles so gut sei, wie es sein könnte, daß man in der krankhaften Treibhaus-Pflege unserer Jugend zu weit gehe. Ich halte es für heilsam, nützlich und geboten, aus der Schule auch eine kernige, physische Entwickelung hervorgehen zu lassen, damit die Jugend für den Krieg stark werde. Sicherlich will ich nicht den verderblichen kriegerischen Geist eines westlichen Nachbarlandes in unser Volk einführen, sondern einen echt militärischen, soldatischen Geist, der von der Ehre getragen und von der Disciplin geregelt wird. Dann wird die Erinnerung seiner glorreichen Tage, in denen Preußens Armee auf solchen Grundlagen siegte, wieder lebendig werden. Preußen hat vor allen Dingen die Pflicht, seine beiden Grundpfeiler: die Finanzen und das Heer, zu sichern, namentlich ist es Preußens Pflicht und Aufgabe, seine Heereskraft innerhalb der durch seine finanziellen Mittel gezogenen Grenzen zu stärken. Endlich aber meine ich, daß die Zukunft Deutschlands dennoch nicht gesichert ist, wenn Preußen allein die schwere Last der Vertheidigung Deutschlands tragen soll. Es muß gelingen, endlich die gemeinsamen Staaten und Völker um einen Mittelpunkt zu schaaren, und sie, Rücken an Rücken gelehnt, gegen den Feind zusammenzuhalten; das mag große Schwierigkeiten haben, aber alle secundären Fragen müssen schwinden gegenüber der einen großen Frage der Existenz. Meine Herren! Unser Regent hat uns den Schutz des Rechts für Alle zugesichert; darum lassen Sie uns vertrauensvoll in die Zukunft blicken, lassen Sie uns weder Cäsarismus noch Jakobinismus fürchten. — Preußen wird das Fahrzeug sein, das unter dem Banner des Rechts die Stürme der Zukunft überdauert. Per aspera ad astra! (Bravo.)

Abg. v. Prittwitz: Er stimme aus vollem Herzen für die Vorlage und erkläre sich nur gegen die Einschiebung des Wortes „einstweilen." Die demokratische Presse sei bestrebt, das alte Gebäude der preußischen Traditionen zu zerstören, aus der noch unberührten Armee den echten Geist zu verbannen. (Murren.) Es sei die Pflicht der patriotischen Abgeordneten, solches nach Kräften zu verhindern, und dazu scheine ihm die Regierungs-Vorlage ein wesentlicher Fortschritt zu sein. Allen denjenigen, die für zweijährige Dienstzeit, die für das durch die demokratische Presse handläufig gewordene Unteroffiziers-Avancement seien, Allen, die in der Armee den „Kastengeist", das „Vorurtheil" unterdrücken wollen, die das Hereinbrechen der Reaktion fürchten, Allen diesen werde heute ihr Ja schwer werden. Er gebe sein bejahendes Votum aus voller Ueberzeugung. Er sehe in der Vorlage einen guten Schritt vorwärts zur Verwirklichung derjenigen Intentionen, von welchen die Regierung bei den ersten Militärvorlagen geleitet wurde; er freue sich dieser Intentionen und stimme deshalb für die Vorlage. Er sei ferner dafür, weil er in ihr nur eine Vorauszahlung, eine Abschlagszahlung für die Zukunft sehe. Europa befinde sich in einem bedenklichen Zustande, wo es durch eine aggressive Politik den größten Gefahren entgegengehe; man werde vielleicht bald im Klaren sein, welche Gefahren uns insbesondere drohen. Bei einer solchen Lage könne es nicht die Aufgabe patriotischer Abgeordneten sein, der Regierung die Mittel zu versagen, um für den geeigneten Fall thatkräftig und gerüstet dazugehen. Preußen werde seine Stellung als Großmacht vielleicht bald zu wahren haben gegenüber einem Staate, dessen Annexionsgelüste die Nachbarstaaten in ihrer Existenz bedrohen; auch deshalb stimme er für die Vorlage. Wenn man mit der vorliegenden Angelegenheit Schleswig-Holstein in Verbindung bringe, so sei er anderer Meinung. Er habe es beklagt, daß diese Frage kürzlich in solcher Weise vor die Landesvertretung gekommen. Wenn er auch das Recht Schleswig-Holsteins durch sein Votum anerkannt, so könne er es doch nicht vertreten, daß Preußen allein ohne Deutschland gegen Europa, ja vielleicht gegen Deutschland diese Sache verfechte. Man verlange die Zustimmung zur Vorlage aus dem Motive des Vertrauens zur Regierung. In solchen wichtigen Fragen aber gebe es für ihn kein Vertrauen und Mißtrauen, keine Zuneigung oder Abneigung; die Vorlage sei nöthig für die Würde der Krone, und deshalb stimme er dafür. Was das Amendement Cieszkowski betreffe, so werde er gegen dasselbe stimmen. — Man nehme auf die Ablehnung der Grundsteuer-Ausgleichung im Herrenhause Bezug; das andere Haus habe stets den Takt besessen, die Verhandlungen dieses Hauses keiner Kritik zu unterwerfen; deshalb wolle er dieses Moment hier nicht näher untersuchen, aber es doch nicht unerwähnt lassen, daß gerade das hier angenommene Amend. Duncker der Regierung die Mittel entzogen habe — — — (Lebhafte Unterbrechung.)

Präsident: Auf diesem Wege, meine Herren, wird der Streit nicht ausgefochten; hören wir den Redner aus.

Abg. v. Prittwitz: Stimmen Sie mit mir für die Vorlage, aber nicht aus den Gründen der Commission, sondern trotz dieser Gründe. (Schwaches Bravo.)

Abg. Osterrath (der Redner ist auf der Journalistentribüne nur in einzelnen Sätzen zu verstehen): Er habe die Absicht, an die finanzielle Seite der vorliegenden Frage einige Worte zu knüpfen. Früher habe der Grundsatz bei der preußischen Finanzverwaltung gegolten, daß, wenn die Regierung eine Mehrausgabe in Anspruch nehme, zu gleicher Zeit nachgewiesen wurde, wo auf der anderen Seite Ersparnisse eintreten könnten; bei der gegenwärtigen Vorlage sei zu prüfen, ob nicht der Militär-Etat mehrere Ansätze enthalte, bei denen Ersparnisse eintreten könnten. Der Etat, welcher den Organisationsplänen der Armee beiliege, enthalte Positionen, von denen anerkannt werde, daß sie eigentlich in den ordentlichen Etat gehörten; in diesen hätten sie aber nicht aufgenommen werden können, weil es dem Finanzminister an Mitteln dazu fehlte. Das sei eine Anomalie. Durch die Organisation würde das Land den Sicherheitszustand gewinnen, die Steuerkraft verlieren. (Der Redner scheint darauf nachzuweisen, wie bei einzelnen Positionen Ersparnisse zu erzielen seien.) Der Militär-Organisations-Plan könne bei seiner großen Wucht nicht in einer Session erledigt werden. Die Staats-Regierung werde, so hoffe er, die Zeit benutzen, um noch einmal zu prüfen, ob in finanzieller Beziehung eine Ersparniß eintreten könne, und darin könne man der Regierung vertrauen, denn im vergangenen Jahre seien ihr 40 Millionen bewilligt, von denen sie nur 30 gebrauchte. Es sei nicht die innere deutsche Politik, es seien die äußeren europäischen Vorgänge, welche ihn bei seinem Votum leiteten. Die Grundsätze der bisher geltenden Staaten-Ordnung seien vollständig erschüttert, man stehe wie auf einem Vulkan, und deshalb habe die Regierung die Pflicht, gerüstet dazustehen; darum bewillige er die 9 Millionen.

Abg. v. Ammon: Er habe das Wort nicht ergreifen wollen, aber einige Bemerkungen des Abg. v. Prittwitz zwängen ihn dazu. Er bedauere, daß in der Debatte auf die frühere Vorlage eingegangen worden, welche, wie er hoffe, durch ein heutiges einstimmiges Votum vollständig werde beseitigt werden. Der Abgeordnete habe von der demokratischen Presse gesprochen, und ihr subversive Tendenzen vorgeworfen; er müsse darauf erwidern, daß eine andere Presse sich in einer Weise in der Sache bewege, welche der freien Beurtheilung im Abgeordnetenhause geradezu in das Gesicht schlage. Es seien Broschüren im Hause vertheilt, welche sich heftig über die in der Commission geübte Kritik aussprächen; man sei so dreist gewesen, dem Hause zu sagen, es werde sich ein ärmliches Denkmal setzen, wenn es der Regierungs-Vorlage nicht zustimme. Der Vorwurf, an der Armee rütteln zu wollen, treffe nicht, wenn man auch verschiedene Ansichten über die Armee-Organisation habe. Man möge einem alten Freiheitskämpfer gestatten, sich der Erinnerungen seiner Jugend zu freuen. Als der Ruf des hochseligen Königs zu den Waffen rief, da habe das Volk nicht 3 Jahre gedient, und doch tapfer dazu geholfen, den Feind zu schlagen. Lege man auf die Vaterlandsliebe nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig Gewicht; er hoffe, daß, wenn dem Vaterlande Gefahr drohe, wie damals die Väter, so gegenwärtig die Söhne Blut und Gut opfern werden. (Beifall).

Abg. Hartmann (nur, um seine persönliche Abstimmung zu motiviren): Er bedauere das Provisorium, halte es nicht recht für zuläßig; aber diese seine rein formalen Bedenken seien, wie ihn seine politischen Freude belehrt, nicht stichhaltig; Preußen müsse in der jetzigen Lage nicht blos wehrhaft, sondern schlagfertig sein, da es sehr bald in die Lage kommen könne, sein Schwert in die Waagschale der Entscheidung zu legen. Um so mehr drohe diese Gefahr, als der Minister eines deutschen Fürsten (Unruhe) in einer deutschen Landesvertretung nicht anstehe, Rheinbundesgelüste zu äußern, und der Minister eines andern deutschen Fürsten dieses in einem Zeitungs-Artikel in Schutz nehme. (?) In dem Vertrauen zu der Weisheit des Regenten und seiner Räthe wolle er bewilligen. (Große Unruhe im Hause).

Abg. v. Berg: Ich hatte gehofft, daß wir heute ohne Reden abkämen (Bravo rechts); es handelt sich heute nicht darum, eine Meinung abzugeben, sondern um einen Willensakt (Zustimmung rechts). Das einstimmige Votum dieses Hauses würde zeigen, daß jeder Patriot nur insofern seiner persönlichen Auffassung folgte, als es der Kraft seines Vaterlandes nach außen keinen Abbruch thut (Bravo rechts). Wer den frühern Militärvorlagen der Regierung entgegen ist, wird um so mehr mit Vergnügen die Gelegenheit ergreifen, zu zeigen, daß Niemand im Hause dem Zweck der Militärvorlage entgegen ist; über die Zweckmäßigkeit des Einzelnen kann man verschieden denken, man kann wünschen, daß dem Lande Zeit gelassen werde zur Berathung, daß auch die Regierung sich die Sache überlegen möge, aber das wird jedenfalls allseitig anerkannt werden, daß ein Weg gefunden ist, auf dem Preußens Macht sich ungeschwächt bewähren kann, und ein solcher Ausweg wird sich gewiß auch in Zukunft wieder finden lassen. Darum hätte ich sehr gewünscht, daß kein Mißton von Bitterkeit sich in die heutige Debatte mischte. Unser Votum ist kein Partei-Votum, sondern ein patriotisches Votum, ein preußisches, deutsches Votum, welches die Gefahr vermindern wird, gegen die wir es abgeben. (Bravo.)

Prinz Friedrich Wilhelm ist in die Hofloge eingetreten.

Finanzminister v. Patow: Es wird nicht von mir erwartet werden, daß ich mich auf Einzelheiten einlasse. Es ist die Frage aufgeworfen worden, wie es kommt, daß die Regierung jetzt mit einer solchen Vorlage vor das Haus getreten ist. Ich glaube, die Regierung hat diese Frage bereits beantwortet. Die Erklärung liegt darin, daß es nicht möglich war, ganz abgesehen davon, zu welchem Resultate die frühere Vorlage geführt haben würde, dieselbe überhaupt zu einem Ende zu bringen, innerhalb der Zeit, welche nach dem Herkommen einmal die Grenzlinie für die parlamentarischen Berathungen bildet. Die Regierung hat als zweiten Grund angegeben, daß die Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, auf welche bei der früheren Vorlage Rücksicht genommen ist, und als einen dritten Grund habe ich bereits hervorgehoben, daß die Staatsregierung Gewicht darauf legt, daß dem Lande und seinen Vertretern Zeit und Ruhe gegeben werde, die Vorschläge der Regierung zu prüfen, und daß ebenso der Regierung Zeit gegeben werde, die dagegen geltend gemachten Bedenken der sorgfältigsten Prüfung zu unterziehen (Bravo!). Die Regierung hat den jetzt eingeschlagenen Weg als einen provisorischen bezeichnet. Wollte man das, was die Regierung vor Augen hat, als ein Provisorium in dem Sinne nehmen, daß der Zustand nur durch die augenblickliche Weltlage geboten sei, so kann die Staatsregierung dies nicht acceptiren. Sie geht davon aus, daß ganz unabhängig von den äußeren Verhältnissen Umgestaltungen im Heerwesen nothwendig sind. Es ist von allen Seiten anerkannt, daß ein dringendes Bedürfniß obwaltet, fortan von der waffenfähigen Mannschaft einen größern Theil als bisher unter die Fahnen zu rufen. Die Regierung bezeichnet den jetzigen Zustand als einen provisorischen, weil ihre Aufgabe darin besteht, denselben vorläufig aufrecht zu erhalten, und so weit es möglich ist, zu vervollständigen; sie sieht den Zustand als einen provisorischen an in dem Sinne, daß sie in dem gegebenen Zeitraum nur dasjenige thun darf und wird, was sie innerhalb des Gesetzes, innerhalb des gegebenen Credits thun kann, was sie thun kann, ohne dem verfassungsmäßigen Recht der Landesvertretung zu nahe zu treten (Beifall), weil sie davon ausgeht, daß die definitive Regelung nur das Resultat einer Uebereinstimmung mit der Landesvertretung sein kann und daß sie in Zukunft der Zustimmung der Landesvertretung sicher zu sein hofft. (Beifall.) — Die allgemeine Diskussion wird geschlossen.

Berichterstatter Abg. v. Vincke (Hagen): Es sind hier, namentlich durch den Abg. v. Prittwitz, Mißklänge in die Debatte gebracht worden, die besser vermieden worden wären. Herr v. Blankenburg hat hier einmal den Grundsatz ausgesprochen, dem er auch heute treu geblieben ist: „Wie sehr auch die Meinungen und Ansichten in diesem Hause auseinander gehen, wenn es sich um die Stellung Preußens dem Ausland gegenüber handelt, wird es hier keine Verschiedenheit geben;" im Sinne dieses Ausspruchs beklage ich jene Mißklänge. — Hr. v. Prittwitz beklagt es, daß die Regierung von ihren ersten Vorlagen Abstand genommen habe, und dann freut er sich, in der neuen Vorlage die Intentionen der alten wiederzufinden; das ist ein Widerspruch, den er mit sich selbst auszumachen hat. Er will uns gewissermaßen vor den Folgen des heutigen Votums warnen, indem er von einer Abschlagzahlung spricht. Nun, uns kann zunächst trösten, daß das Organ unserer Gegner einen Schrei des Entsetzens aus Anlaß der neuen Vorlage ausgestoßen hat, und wir handeln doch gewiß konsequent, wenn wir das thun, wovor unsere Gegner sich entsetzen; fas est et ab hoste doceri. (Heiterkeit.) — Ich kann versichern, daß ich an die älteren Vorlagen mit voller Unbefangenheit gegangen bin; je länger aber die Debatten gedauert, mit je mehr Beredtsamkeit und Sachkenntniß die Regierung ihre Vorlagen vertheidigte, desto fester und entschiedener bin ich durch die Ausführungen der militärischen Autoritäten in unserer Commission in meinen Ansichten gegen die Prinzipien der Vorlagen geworden. Durch die neue Vorlage wird die Landwehr in ihrem Bestande nicht angetastet, die Regierung selber hat erklärt, daß den bestehenden Meinungsverschieden heiten durch die jetzige Vorlage und ihre Annahme nicht präjudiziri werde. Wenn die Regierung noch so viele neue Linienregimenter errichtete, so würde damit doch nicht die Landwehr aus der mobilen Armee ausgemerzt: trete jetzt eine Mobilmachung ein, so würde die Landwehr nach wie vor einen wesentlichen Bestandtheil ausmachen, wenn auch nicht zur Hälfte, doch zum dritten Theil.

Die Frage der dreijährigen oder zweijährigen Dienstzeit wird durch die Vorlage ebenfalls nicht berührt; selbst bei Annahme der Grundsätze der Kommission zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit, hat doch Niemand verlangt, daß diejenigen, welche jetzt im dritten Jahre dienen, aus dem Dienste scheiden. Zudem ist ja die dreijährige Dienstzeit der gesetzlich bestehende Zustand. Das Vertrauen kann man wohl zu der Regierung haben, daß während des Provisoriums an den Grundlagen des jetzigen Heersystems nicht gerüttelt werden wird; es hieße ja geradezu die Regierung für unredlich erklären, wenn man ein solches Mißtrauen hätte. — Die Vorlage wird auch keine Mehrbelastung des nächsten Etats zur Folge haben. Bei der Schaffung der kombinirten Infanterie-Regimenter — wie man dieselbe tauft, ist gleichgiltig — hat die Regierung vielleicht eine gewisse Ungeschicklichkeit bewiesen; sie hätte vielleicht, das würden Manche glauben, klüger oder weiser gehandelt, wenn sie vierzehn Tage mit ihrer neuen Einrichtung gewartet hätte. Aber das muß ich konstatiren, daß wenn die Armee in ihrer jetzigen Einrichtung auf den Kriegsfuß gesetzt würde, man die Landwehr-Bataillene nicht entbehren könnte. In einer Beziehung kann vielleicht der Etat mehr belastet werden, nämlich durch Bildung der 10 neuen Kavallerie-Regimenter. Warum man nicht statt der neuen Regimenter Ersatzschwadronen zu den bestehenden Regimentern gebildet hat, will ich nicht erörtern; aber wenn das Haus im nächsten Jahre die Position nicht bewilligte, so würden die 10 Regiments-Kommandeure auf den Aussterbe-Etat kommen. Ein anderer Posten von ca. 296,600 Thlr. betrifft den Ankauf von Pferden, die vorläufig eingestellt werden sollen; kann man auch die Pferde zwar nicht auf den Aussterbe-Etat stellen, so würde der Verlust beim Verkauf wohl kein erheblicher sein. Die Regierung wird wohl wissen, daß der Landesvertretung die Prüfung des nächsten Budgets zusteht.

Die Kommission ist sich ihrer verfassungsmäßigen Stellung wohl bewußt gewesen, sie weiß so gut wie Herr v. Prittwitz, daß der Regent Kriegsherr ist, aber (mit erhobener Stimme) sie ist sich auch bewußt gewesen, daß jede Position des Staatshaushalts-Etats, auch die auf die Armee bezüglichen, der ausdrücklichen Bewilligung des Abgeordnetenhauses unterliegen; sie ist sich auch bewußt, daß keine auch auf das Heer bezügliche Position ohne diese Bewilligung ausgeführt werden darf. Eine Regierung, die dagegen handelte, würde die Verfassung verletzen. — Ob die Regierung zu dem seit der Mobilmachung beibehaltenen Provisorium befugt ist, will ich hier nicht erörtern; das wird sich bei Berathung des Rechenschafts-Berichts finden; für das Haus kommt es jetzt darauf an, ob bei der Stellung des Staates nach außen der faktische Zustand aufrecht erhalten werden soll. Die Commission hält dies für nöthig. Im nächsten Jahre wird die Lage sich hoffentlich aufgeklärt haben und eine unbefangene Prüfung möglich sein. — Man hat Besorgnisse erhoben wegen des Bestandes der Regierung. Es giebt aber Vota, die über alle persönlichen Fragen hinausgehen; wenn es sich um ein bleibendes Rütteln an Organisationen auf Generationen hinaus handelt, dann kann es nicht darauf ankommen, für den Augenblick zehn sterbliche Menschen auf ihren Plätzen zu konserviren. Die Majorität kann aber mit dem gewonnenen Resultat zufrieden sein; die Regierung hat die Erörterung der zur Sprache gekommenen Prinzipien vertagt, nicht in Rücksicht auf das Votum des Hauses, sondern schon auf dasjenige der Commission. Das ist in der Geschichte des Constitutionalismus fast unerhört und deshalb stimme ich für die jetzige Vorlage. — Die Vorlage hat aber noch eine andere Unterschrift, und der König stirbt nicht, und deshalb ist mir die Unterschrift unter dem Gesetz hinreichende Garantie, daß die Landwehr-Organisation, das Gesetz vom 3. Septbr. 1814 nicht durch einen Federstrich ohne die Zustimmung der Landesvertretung aus der Welt geschafft werden wird.

Es ist von den Beziehungen der Vorlage zu den Grundsteuergesetzen gesprochen worden. In dem Bericht der Commission ist nicht, wie behauptet worden, gesagt, daß der Zuschlag von 25 pCt. nothwendig geworden sei wegen des ablehnenden Votums des Herrenhauses, sondern es ist nur constatirt, daß je länger das Herrenhaus auf seinem Widerstand gegen die Grund-

steuer-Ausgleichung beharrt, desto länger auch der Zuschlag fortdauern wird. Diesem ist nicht widersprochen worden und kann nicht widersprochen werden. Man verweist auf das Dunckersche Amendement. Als dieses angenommen wurde, war die Militär-Vorlage noch nicht da; damals sagten wir: Man weise uns die Nothwendigkeit des Mehrbedarfs nach, und wir werden mehr bewilligen. Der Angriff ist also ein Schlag ins Wasser. Es liegt uns nur daran, unsere ärmeren Mitbürger zu beruhigen über die Dauer des Zuschlags, während jetzt nicht abzusehen ist, wenn das Herrenhaus durch die Annahme der Ausgleichung die Aufhebung des Zuschlags ermöglichen wird. (Sehr richtig, Hört, hört!) Das Herrenhaus hat die Gesetz-Entwürfe 3 und 4 wegen Aufhebung der Steuerbefreiung und dafür zu zahlende Entschädigung angenommen, aber ich berufe mich auf die Autorität der Regierung, welche mit uns alle vier Entwürfe als ein untrennbares Ganze betrachtet. Viele von uns stimmten nur für die Entschädigung, weil sie hofften, durch die Ausgleichung endlich einen Zankapfel aus der Welt zu schaffen; nur dadurch hielten sie es ihren Committenten gegenüber für möglich, für Entschädigung zu stimmen, die sie sonst für ungerechtfertigt hielten. Wenn nun das Herrenhaus den Grundsteuer-Vorlagen die Grundlage entzieht, wenn die dortigen privilegirten Persönlichkeiten das Fett abschöpfen, und das Geld für die Entschädigung in die Tasche stecken, weil sie einsehen, daß die Aufhebung der Steuerbefreiung schließlich doch kommt, und vielleicht ohne Entschädigung, dabei aber die Ausgleichung verwerfen, dann kann man die Schuld nicht auf das Haus der Abgeordneten wälzen (bei diesen Worten verlassen Hr. v. Senfft-Pilsach, v. Zander u. a. Mitglieder des Herrenhauses unter Zeichen des Unwillens ihre Plätze auf der Tribüne). —

Was mich veranlaßt, für die Vorlagen zu stimmen, ist vor Allem die Lage Europas. Man wendet uns ein, daß wir den Krieg nicht für so nahe halten, die Commission glaubt zwar nicht, daß der Krieg binnen Jahresfrist ausbricht, aber mit einer diplomatischen Wendung — Herr v. Schleinitz hat die Commission auch einmal mit seiner Anwesenheit beehrt (Heiterkeit) — weist sie doch auf die Möglichkeit einer nicht fernen Krisis hin. Wenn die französische Flotte, wie der „Moniteur" heute meldet, nach dem Orient absegelt, um die dortigen christlichen Bevölkerungen zu kalmiren, und sich vielleicht mit einer andern Flotte, die ich nicht näher bezeichnen will, vereinigt, dann könnte der Augenblick, dem man mit Besorgniß entgegen sieht, näher sein, als man glaubt. Schleswig-Holstein und Hessen, auf welche man hingedeutet, stehen in solcher europäischen Krisis in zweiter Linie; ich habe selbst stets auf das Zusammengehen mit unsern deutschen Brüdern in dieser innern Angelegenheit Werth gelegt. „Die Welt soll wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist." Dieses edle Wort muß der Leitstern für unsere innere und äußere Politik sein, in diesem Sinne verstehe ich die neue Aera, und ich halte es für ein nobile officium Preußens, nöthigenfalls auch allein vorzugehen. Wenn es die Existenz des Vaterlandes gilt, so wird das Land, wie früher, den letzten Hauch von Mann und Roß daran setzen. Wir können uns glücklich schätzen, in diesem Augenblicke so verehrten Männern unser Vertrauen schenken zu können, daß gerade sie in solcher Krisis das Steuer führen, und berufen sind, die Geschicke des Vaterlandes zu leiten. Gerade als spezielles Vertrauensvotum für diese Männer bitte ich Sie, die Vorlage anzunehmen. (Lebhaftes Bravo!)

Kriegsminister von Roon: Der Referent hat gewisse Maßregeln der Regierung kritisirt — dagegen kann ich nichts haben; er hat eine Belehrung daran geknüpft — für jede Belehrung muß man dankbar sein; er hat aber diese Belehrung in einer Form vorgebracht, welche ich nicht goutiren kann. Er hat von Ungeschicklichkeiten gesprochen. — — —

Präs.: Ich kann dem Herrn Minister bemerken, daß der Referent diesen Ausdruck nicht gebraucht habe — (Widerspruch links).

Kriegsminister: Dann habe ich nichts zu sagen (er setzt sich wieder).

Präs.: (nach links) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen, wenn ich konstatire, was hier an meiner Seite gesprochen worden; der Herr Referent hat das Wort Unschicklichkeit nicht gebraucht — — (abermaliger Widerspruch links).

Präs.: M. H., ich dulde das nicht, daß man mir darin widerspricht; ich konstatire ausdrücklich, daß der Herr Referent, das Wort Unschicklichkeit nicht gebraucht hat, er sagte Ungeschicklichkeit; das ist, wie ich glaube, ein sprachlicher Fehler, allein er giebt mir kein Recht, den Redner darüber zu rectificiren. Ich rufe diejenigen Herren, welche sich herausgenommen, dem Präsidenten zu widersprechen, hiermit zur Ordnung (Beifall rechts).

Kriegsminister von Roon: Der Herr Präsident hat so eben konstatirt, daß der Referent das Wort Ungeschicklichkeit gebraucht hat; gerade diesen Ausdruck habe ich rügen wollen. — —

Präs.: Dann habe ich den Herrn Minister falsch verstanden.

Kriegsminister von Roon: Man kann einen Gegenstand von sehr verschiedenen Standpunkten aus beurtheilen, man kann Manches für geschickt, für ungeschickt halten. Es wird sich in vielen Fällen herausstellen, daß manches für geschickt gilt, was genau besehen, eine wahre Thorheit ist. Da die Bemerkung des Referenten an die allgemeine Adresse der Regierung gerichtet war, so habe ich unter der Adresse gelesen: „zur Eröffnung an den Kriegsminister". Ich habe mich dagegen verwahren müssen, daß eine sogeformte Kritik von der Redner-Tribüne ausgesprochen wird.

Präsident: Ich muß nochmals wiederholen, daß die Beurtheilung der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit eines parlamentarischen Ausdruckes meines Amtes ist, und daß ich wünschen möchte, auch in den letzten Tagen meiner Amtsführung nicht dahineingegriffen zu sehen. Ich bleibe dabei, daß der erste Ausdruck eine Rüge von mir verdient hätte, der andere Ausdruck würde, vielleicht besser, nicht gefallen sein, aber unparlamentarisch war er nicht.

Abg. v. Prittwitz (zur persönlichen Bemerkung): Er habe nicht die Berechtigung des Hauses zur Prüfung der Militär-Vorlagen in Zweifel ziehen wollen, sondern nur die Berechtigung desselben, dem obersten Kriegsherrn Rath zu ertheilen.

Ref. v. Vincke (Hagen): Wenn ich das Wort „Ungeschicklichkeit" gebraucht habe, so gestehe ich, daß es sprachlich nicht zulässig ist; ich hätte „Ungeschicktheit" sagen sollen, und bitte deshalb um Entschuldigung. Das Uebrige, was darüber zu sagen, hat der Präsident gesagt, dessen Urtheil ich mich in solchen Sachen genau unterordne. Was nun die Bemerkung des Kriegsministers betrifft, so ist es mir nicht im Entferntesten eingefallen, meinen Vorwurf an seine Adresse zu richten. Ich muß bitten, meine Worte buchstäblich zu nehmen; ich habe von der „Regierung" gesprochen, und freue mich, daß nicht bloß der Kriegsminister die Regierung ist. (Heiterkeit). — Was den Abg. v. Prittwitz anbetrifft, so ist es der Kommission niemals eingefallen, dem obersten Kriegsherrn Rath zu geben, sondern sie hat nur dem Hause Beschlüsse zur Annahme empfohlen.

Das Haus geht zur Spezial-Diskussion des § 1 über.

Finanzminister v. Patow erklärt, daß die Regierung gegen die Annahme des Wortes „einstweilig" nichts einzuwenden habe.

Es ist namentliche Abstimmung beantragt. — Sie erfolgt. Anwesend sind 322 Mitglieder. Mit „Ja" haben gestimmt 315, mit „Nein" zwei Mitglieder (Abg. Natorp und Senff). Der Abstimmung enthalten sich vier Mitglieder (unter andern Harkort).

Das zu § 2 gestellte Amendement Cieszkowski wird nicht ausreichend unterstützt.

Graf Cieszkowski: Da das Haus dem Amend. keinen Anspruch auf Berechtigung zugesprochen habe, so müsse er sich damit begnügen, die innere Berechtigung desselben zu behaupten und die Würdigung der öffentlichen Meinung der Presse zu überlassen

Präs. Simson: Ich glaube, der Redner ist mit mir darüber einverstanden, daß dies keine persönliche Bemerkung war.

§ 2 u. § 3 werden mit sehr großer Majorität (dagegen einzelne Abg. der poln. u. kathol. Fraktionen) angenommen. — Ebenso der zweite Gesetzentwurf wegen Forterhebung des 25%-Zuschlags.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Commission zur Prüfung des Etats für die geistl., Unterrichts- und Medizinal-Verwaltung vom Jahre 1860.

Die einzelnen Positionen desselben werden nach den Vorschlägen der Comm. ohne bedeutende Diskussion angenommen.

Abg. Dr. Liebelt befürwortet die Errichtung eines polnisch-katholischen Gymnasiums. (Die kurzen Angaben einzelner Redner sind bei der Unruhe im Hause unverständlich.)

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Comm. zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats über die Denkschrift, betreffend die Meliorationen in der Tuchelschen Haide. Die Comm. beantragt die Ablehnung der verlangten 5000 Thlr. und Sistirung der Meliorationsarbeiten bis nach genauer Feststellung, „daß durch die Benutzung des Wassers zu den Wiesenbauten der untern Brahe kein Wasser entzogen werde."

Abg. Brähmer empfiehlt die Bewilligung der 5000 Thlr.; Abg. Frhr. v. Schleinitz protestirt gegen die Melioration an der Brahe im Interesse der Schifffahrt und der Mühlen. — Der Finanzminister constatirt aus den Akten, daß Klagen der Schiffer und Mühlenbesitzer bisher nicht laut geworden; daß sie erst jetzt mit einemmale aufträten. Diese Thatsache beweise, daß die Stockungen nicht in der Stau-Anlage und in der Berieselung, sondern in andern Umständen ihren Grund habe; es liege dies möglicherweise in der Vergrößerung der Fahrzeuge, und namentlich richte sich der Wasserstand der Brahe nach dem Wasserstand der Weichsel. Es liege deshalb keine Veranlassung vor, die Geldmittel für diese sowohl gemeinnütze als in finanzieller Beziehung rentable Sache zu verweigern.

Der Handelsminister bestätigt ebenfalls, daß ihm bis jetzt niemals Klagen zu Ohren gekommen seien. Die Diskussion wird geschlossen. Die 5000 Thlr. dem Antrage der Commission entgegen genehmigt; der Commissions-Antrag wird in seinem ganzen Umfange abgelehnt.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. — Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Tages-Ordnung: Gesetzentwurf wegen des vollständigen Zolltarifs, der Staatsvertrag mit Nassau, die Budgetberichte über die Marine-Verwaltung und den ersten Theil des Militär-Etats.

α **Breslau**, 16. Mai. [Abreise Sr. Hoheit des Herzogs von Braunschweig.] Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig trifft morgen Früh mit Extrapost aus Sybillenort wieder hier ein und reist mit dem Schnellzuge nach Wien ab. Von da begiebt sich Se. Hoheit nach kurzem Aufenthalte nach Venedig, von wo Hochderselbe künftigen Monat wieder nach Sybillenort zurückzukehren gedenkt.

Telegraphische Depeschen.

London, 16. Mai. In der heutigen Nachtsitzung des Unterhauses sagte Russell: Frankreich erklärte nicht, daß es bei Veränderung Süditaliens territoriale Compensation reclamiren würde.

Die Regierung sei unterrichtet von russischer Truppenkonzentration am Pruth und türkischer bei Widdin. Die Regierung habe auch eine Gesandtschafts-Depesche erhalten, wornach Gortschakoff das diplomatische Corps, mit Ausnahme des türkischen Gesandten, zusammenberufen, um die Nothwendigkeit von Collectivschritten zum Schutze der Christen in der Türkei darzuthun.

London, 15. Mai. Die heutige „Times" sagt, England werde in seinen Anstrengungen zur Erhaltung des türkischen Reiches nicht nachlassen, wenn Rußland an eine neue Gesandtschaft Menschikoff's denke, und Lavalette, von den heiligen Orten her bekannt, nach Konstantinopel zurückkehre.

Nach der heutigen „Morningpost" hätte Garibaldi in Marsala sich ausgeschifft.

Petersburg, 14. Mai. Fürst Gortschakoff hat vor einigen Tagen die Vertreter der Hauptmächte, ausgenommen den Vertreter der Türkei, zusammen berufen und ihnen erklärt, daß die Lage der Christen in der Türkei unerträglich geworden sei, daß Rußland im Begriff stehe, energische Vorstellungen zu Gunsten der Christen an die hohe Pforte zu erlassen und daß er zu diesem Zweck auf die Mitwirkung der andern Mächte zähle.

Zugleich hört man, daß Hr. v. Budberg, welcher an Stelle Kisseleffs nach Paris kommen soll, ein vollständiges Einvernehmen Frankreichs und Rußlands zu Stande gebracht habe.

London, 14. Mai. Aus Paris schreibt man, daß Herr v. Thouvenel dem von Frankreich vorgeschlagenen Conferenz-Programm die Erklärung beigefügt habe, daß zur Bewahrung der Neutralität von Chablais und Faucigny diese Districte außerhalb der französischen Zollinie bleiben und eine separirte Handelszone bilden sollten.

Bern, 15. Mai. Die „Lausanner Zeitung" theilt aus sicherer Quelle mit, daß Frankreich in Hinblick auf die savoyische Frage im Grenzfort Rousses außerordentliche Maßregeln treffe.

Kassel, 15. Mai. Sämmtliche Mitglieder des Bürger-Ausschusses haben die heidelberger Erklärung gestern Abend unterzeichnet.

Karlsruhe, 15. Mai. Auch die erste Kammer hat sich in ihrer heutigen Sitzung mit 13 gegen 8 Stimmen gegen das Konkordat und für Einschlagung des Gesetzgebungsweges ausgesprochen.

Wien, 15. Mai, Abends. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Konstantinopel vom heutigen Tage war Graf Ludolf daselbst eingetroffen. — Das „Journal de Constantinople" sagt, daß über den durch Privatnachrichten angezeigten Tod des Gouverneurs von Bagdad, Mustafa Pascha, keine offizielle Mittheilung eingetroffen sei.

Paris, 15. Mai. Die „Presse" hat eine zweite Verwarnung erhalten.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 15. Mai, Nachmitt. An der Börse circulirte das Gerücht, daß Garibaldi gefangen genommen worden sei.

Turin, 14. Mai. Während der zu Marsala bewirkten Landung sind vier Mann getödtet worden. Es scheint, daß eine Waffen- und Munitions-Ausschiffung stattgefunden. Andere aus der Levante kommende Waffen waren einige Tage vorher an der Südküste ausgeschifft worden.

Marseille, 14. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Neapel vom 12. d. hat am Donnerstage zu Palermo eine Demonstration stattgefunden. Auf den Straßen bewegte sich eine sehr große Menschenmasse, die den Ruf: „Es lebe Italien, Victor Emanuel und Napoleon!" hören ließ. Die Weiber regten die Männer an und insultirten Soldaten. Es fielen mehrere Flintenschüsse, wodurch drei getödtet und zehn verwundet wurden. Zahlreiche Verhaftungen fanden statt.

London, 12. Mai, Nachts. In der heutigen Sitzung des Oberhauses versprach Lord Wodehouse auf eine Anfrage Lord Normanby's, daß er die Correspondenz Sir Hudson's und des englischen Konsuls zu Genua über die Expedition Garibaldi's dem Hause mittheilen werde. — Im Unterhause theilte der General-Sekretär für Irland, Sir Cardwell, mit, daß die Regierung Maßregeln gegen die Werbuungen in Irland für den Papst ergreifen werde.

Turin, 12. Mai. Marchese Montezemolo ist zum Gouverneur von Brescia ernannt. Auch der russische Gesandte soll gegen die Expedition Garibaldis protestirt haben. Wie es heißt, wollen Kattaneo, Ferrari, Bertani und andere Deputirte gleicher Gesinnung austreten.

Turin, 14. Mai. Zufolge einer Depesche des „Movimento" aus Genua wäre Garibaldi in der Nacht vom 12. auf 13. Mai in der Nähe von Marsala gelandet. Der Widerstand der königlichen Truppen wurde besiegt.

Verona, 12. Mai. Die Kommission in Betreff der Depositenübergabe hat ihre Arbeiten größtentheils beendet, und sich für einige Zeit vertagt; die sardinischen Kommissäre sind nach Mailand zurückgekehrt.

Neapel, 9. Mai. Der Fürst von Cassaro ist schwer erkrankt.

Ravenna, 11. Mai. Die mit der Besichtigung der adriatischen Häfen beauftragte Kommission ist gestern angekommen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 15. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 69, 60, fiel auf 69, 50, hob sich auf 69, 65 und schloß träge und unbelebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 95 eingetroffen.

Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 60. 4½proz. Rente 95, 60. 3proz. Spanier 45¾. 1proz. Spanier 36¼. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 508. Credit-mobilier-Aktien 670. Lombard. Eisenbahn-Aktien —. Franz-Joseph —. Oesterr. Kredit-Aktien 355.

London, 15. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Silber 61⅝. Schönes Wetter. Consols 95. 1proz. Spanier 37. Mexikaner 21⅛. Sardinier 84. 5proz. Russen 108. 4½proz. Russen 97.

Hamburg 3 Monat 13 Mk. 5¼ Sch. Wien 13 Fl. 64 Kr.

Der Dampfer „Hammonia" ist aus Newyork eingetroffen.

Wien, 15. Mai, Mittags 12 Uhr 45 Minuten.

5proz. Metalliques 69, 50. 4½proz. Metalliques 62, 50. Bank-Aktien 861. Nordbahn 199, 90. 1854er Loose 99, —. National-Anlehen 79, 30. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 272, —. Kredit-Aktien 187, 70. London 132, 50. Hamburg 100, —. Paris 52, 80. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 190, —. Lombardische Eisenbahn 155, —. Neue Lombard. Eisenbahn —. Neue Loose —, —.

Frankfurt a. M., 15. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Günstigere Stimmung bei belebtem Geschäft.

Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 126½. Wiener Wechsel 87½. Darmstädter Bank-Aktien 154½. Darmstädter Zettelbank 230. 5prozent. Metalliques 49¾. 4½proz. Metalliques 44⅝. 1854er Loose 72. Oesterr. National-Anleihe 57⅛. Oesterreich.-französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 240. Oesterr. Bank-Antheile 756. Oesterr. Kredit-Aktien 164½. Oesterr. Elisabet-Bahn 138. Rhein-Nahe-Bahn 44⅞. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. —. Mainz-Ludwigshafen Litt. C. —.

Hamburg, 15. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Die Börse schloß sehr fest, in Kreditaktien lebhaftes Geschäft.

Schluß-Course: National-Anleihe 58. Oesterreich. Kreditaktien 69. Vereinsbank 98¼. Norddeutsche Bank 81¾. Wien 102, 60.

Hamburg, 15. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco 1—2 Thaler niedriger, ab auswärts auf letzte Preise gehalten, aber stille. Roggen loco fest, ab auswärts zu letzten Preisen zu kaufen. Oel pr. Mai 24⅝, pr. Oktober 26⅛. Kaffee sehr ruhig. Zink ohne Umsatz.

Liverpool, 15. Mai. [Baumwolle.] 6000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

Berlin, 15. Mai. Die Stimmung der Börse war heute merklich günstiger. Die Haltung der leitenden auswärtigen Plätze, zusammenwirkend mit dem durch die Medioliquidation hervorgebrachten Deckungsbedürfniß trug dazu bei, die Course zu befestigen. Dagegen gingen die Umsätze über die durch diese Deckungen gezogenen Grenzen nicht heraus; nur in einigen Eisenbahn-Effecten kam es zu einem vom Medio unabhängigen, allerdings aber außerordentlich schwachen Verkehr. Es läßt sich mithin von der heutigen Börse sagen, daß sie fester war, als die gestrige, in keiner Weise aber belebter. Der Geldmarkt erhielt sich sehr flüssig, einmal aus Mangel an feinen Disconten, sodann aber auch, weil die Vorbereitung auf die in Kurzem bevorstehenden Wollmärkte Gelder für kurze Fristen disponibel hält. Hauptsächlich diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß feinste Wechsel heute mit 2½ % genommen wurden, in einem Ausnahmsfalle selbst mit 2¼ %.

Die österreichischen Effecten waren ganz besondres still und geschäftslos; das Prämiengeschäft nubelebter als gestern, da Abgeber zurückhaltender waren.

Von schweren Eisenbahnaktien waren fast nur Oberschlesische in einiger Bewegung. Mit 117½ (1 pCt. höher) offerirt, bedangen sie fast nur 117. Im Uebrigen erhielt sich meist der letzte Coursstand unverändert, und wenngleich mehrere Devisen unter der letzten Notiz gehandelt wurden, so fehlte doch zu den heutigen Coursen jedes Angebot.

Preuß. Fonds, besonders die 4½pCt. Anleihen, fester und letztere ¼ pCt. höher (99¼), aber unbelebt. Pfandbriefe verkehrten sehr schwach, ebenso Rentenbriefe.

Oesterreichische National-Anleihe hielt sich auf dem höheren gestrigen Anfangscourse, nur ganz vereinzelt mag etwas zu 58⅛ gehandelt worden sein. Metalliques blieben zu letzter Notiz heute zu lassen, 54er Loose wie gestern, neueste Anleihe zu 70 zu haben.

Gold war ½ erhöht begehrt, Oesterreichische und Polnische Noten gewannen ¼ Thlr. Für Hörder Hütten fehlten 2¾ % herabgesetzt Käufer.

In Wechseln war der Umsatz eingeschränkt. Holland war ⅛ erhöht und gut zu lassen, kurz Banco eher zu haben, langes beliebter. London ging in Posten um und blieb leicht verkäuflich; kurze Sichten mit 4½, auch mit 4¼ % Disconto, geschriebene Briefe auch mit 4¾ %. Paris erhielt sich in bester Frage, kurzes handelte man mit 3½ % Zinsen. Wien war matt, obschon es sich wieder ¼ resp. ⅜ besser als gestern, auf den letzten Wechseltagscours hob. Augsburg blieb verkäuflich, Frankfurt beliebt. Petersburg zeigte sich zu dem um ¼ erhöhten Preise übrig; Bremen fest, Warschau zum gestrigen Course, ¼ über letzter Wechseltags-Notiz, im Handel und zu placiren.

(B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 15. Mai 1860.

Fonds- und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anleihe	4½	99⅝ bz.
	Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4½	99¼ bz. u. G.
	dito 1853	4	93 bz.
	dito 1859	5	103⅝ bz.
	Staats-Schuld-Sch.	3½	83½ bz.
	Präm.-Anl. von 1855	3½	113¼ bz.
	Berliner Stadt-Obl.	4½	99¼ B.
Pfandbr.	Kur- u. Neumärk.	3½	88½ bz.
	dito dito	4	99 bz.
	Pommersche	3½	86½ G.
	dito neue	4	94¾ b.
	Posensche	4	— — —
	dito	3½	90⅝ G.
	dito neue	4	88 B.
	Schlesische	3½	87 G.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk	4	93 G.
	Pommersche	4	93¼ bz.
	Posensche	4	91 G.
	Preussische	4	92¼ B.
	Westf. u. Rhein.	4	92½ bz.
	Sächsische	4	93½ bz.
	Schlesische	4	93¼ bz.
	Louisdor	—	108½ bz.
	Goldkronen	—	9 2¼ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	50½ G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	74 B.
dito neue 100 fl.L.	—	51 B.
dito Nat.-Anleihe	5	58¼ bz. u. G.
Russ.-engl. Anleihe	5	105¾ bz.
dito 5. Anleihe	5	94¾ bz.
do.poln.Sch.-Obl.	4	84¾ etw bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— —
dito III. Em.	4	88 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91 bz.
dito à 300 Fl.	5	92¾ G.
dito à 200 Fl.	—	22¼ G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	43 bz.
Baden 35 Fl.	—	30 B.

Actien-Course.

	Div. 1859	Z.-F.	
Aach. Düsseld.	—	3½	— — —
Aach.-Mastricht.	—	4	16 G.
Amst.-Rotterd.	5	4	71½ bz.
Berg. Märkische	4½	4	76½ G.
Berlin-Anhalter.	7¾	4	108½ bz.
Berlin-Hamburg.	5⅓	4	106 B.
Berl.-Ptsd.-Mgd.	7	4	126 bz.
Berlin-Stettiner	—	4	99½ bz.
Breslau-Freib.	4	4	80 B.
Cöln-Mindener	—	3½	127 bz.
Franz.St.-Eisb.	—	5	133¼ à 133 bz.
Ludw.-Bexbach.	—	4	124 G.
Magd. Halberst.	13	4	186 G.
Magd.-Wittenb.	1 1/3	4	34¾ B.
Mainz-Ludw. A.	—	4	96½ bz.
Mecklenburger	1½	4	46½ à 46 bz. u. G.
Münster-Hamm.	4	4	— — —
Neisse-Brieger	2	4	52¾ bz.
Niederschles.	4	4	90½ bz.
N.-Schl. Zwgb.	—	4	— —
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	48½ à ¼ bz.
dito Prior.	—	4½	100 G.
Oberschles. A.	6 1/12	3½	117½ à 117 bz.
Oberschles. B.	6 1/12	3½	108 bz.
dito C.	6 1/12	3½	117½ à 117 bz.
dito Prior. A.	—	4	92 G.
dito Prior. B.	—	3½	78¾ G.
dito Prior. D.	—	4	84¾ bz.
dito Prior. E.	—	3½	72½ bz.
dito Prior. F.		4½	89 bz.
Oppeln-Tarnow.	—	4	31 B.
Prinz-W.(St.-V.)	1½	4	— — —
Rheinische	—	4	79½ B.
dito (St.) Pr.	—	4	— — —
dito Prior.	—	4	85¼ B.
dito v. St. gar.	—	3½	— — —
Rhein-Nahe-B.	—	4	44 B.
Ruhrort-Crefeld.	—	3½	— — —
Starg.-Posener	—	3½	79 bz.
Thüringer.	5 1/6	4	100 B.
Wilhelms-Bahn.	—	4	33 B.
dito Prior.	—	4	— — —
dito III Em.	—	4½	— — —
dito Prior. St.	—	4½	— — —
dito dito	—	5	— — —

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1859	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 1/16	4	117½ B.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	78 etw. bz.
Berl. W.-Cred G.	—	5	90⅛ bz. u B.
Braunschw. Bnk.	4	4	67½ bz.
Bremer „	5	4	96 bz.
Coburg. Crdit.A.	2	4	53 B.
Darmst.Zettel-B	4	4	92 G.
Darmst (abgest.)	—	4	60¾ bz.
Dess.Creditb.-A	—	4	16¼ à 15¾ bz. u G.
Disc.-Cm.-Anth	—	4	80¾ G.
Genf.Creditb.-A	—	4	25¾ à 26 bz.
Geraer Bank	3½	4	70 G.
Hamb.Nrd. Bank	4⅜	4	81 bz.
„ Ver.- „	4 7/11	4	97¾ G.
Hannov. „	—	4	89¼ G. (i. D.)
Leipziger „	—	4	58¾ G. excl. Cp.
Luxembg.Bank	4	4	78 B.
Magd. Priv. B.	3¼	4	75½ G.
Mein.-Crditb.-A.	—	4	64 B.
Minerva-Bwg. A.	—	5	28 B.
Oesterr.Crdtb.A.	—	5	69½ à ¼ à 70 bz.
Pos. Prov.-Bank	4	4	74¾ B.
Preuss. B.-Anth.	6¾	4½	127 G.
Schl. Bank-Ver.	5	4	74 bz.
Thüringer Bank	—	4	48¼ B.
Weimar. Bank	3½	4	78½ B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	141⅞ bz.
dito	2 M.	141⅛ bz.
Hamburg	k. S.	150⅝ bz.
dito	2 M.	150¼ bz.
London	3 M.	6. 17½ bz.
Paris	2 M.	79 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	74½ bz.
dito	2 M.	74 bz.
Augsburg	2 M.	56. 20 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 22 bz.
Petersburg	3 W.	97¼ bz.
Bremen	8 T.	108 bz.

≅ **Breslau**, 16. Mai. [Produktenmarkt.] In ziemlich fester Haltung für sämmtliche Getreidearten, Zufuhren wie Angebot von Bodenlägern sowie Kauflust mäßig und gestrige Preise gut behauptet. — Oel- und Kleesaaten ohne Aenderung. — Spiritus fest, pro 100 Quart preußisch loco 17, Mai 17 1/12 G.

	Sgr.			
Weißer Weizen	78	82	86	90
Gelber Weizen	75	80	84	87
dito mit Bruch	60	65	70	72
Roggen	55	58	60	63
Gerste	43	45	48	52
Hafer	27	29	31	33
Kocherbsen	54	56	58	62
Futtererbsen	45	48	50	52
Wicken	40	45	48	50

	Sgr.				
Winterraps		90	94	96	98
Winterrübsen		76	78	80	84
Sommerrübsen		72	76	78	80
Schlagleinsaat		75	80	84	88
	Thlr.				
Rothe Kleesaat	7½	9½	10½	11	11⅔
Weiße dito		12	14	16	17	18
Thymothee	8	8½	9	9⅙	9⅓

Die neuesten Marktpreise aus der Provinz.

Gleiwitz. Weizen 68—76 Sgr., Roggen 50—55 Sgr., Gerste 45—47½ Sgr., Hafer 29—32½ Sgr., Erbsen 72 Sgr., Kartoffeln 17 Sgr., Schock Stroh 5¾ Thlr., Ctr. Heu 19 Sgr., Butter 8½ Sgr.

Verantwortlicher Redakteur; R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.